

May: Bürgerwillen nicht mit Füßen treten

Der Initiator der Petition gegen den Dreispitz-Abriss schreibt an die Regierungspräsidentin.

BINZEN (BZ/mm). Nachdem das Freiburger Regierungspräsidium den Druck auf die Gemeinde in Sachen "Dreispitz-Abriss" erhöht hat und nach einer noch vorzunehmenden Anhörung den Abriss binnen zweier Monate fordert (wir haben gestern berichtet) hat der Initiator der Petition zum Erhalt des Kunstwerkes, Binzens Altbürgermeister Ulrich May, an Regierungspräsidentin Bärbel Schäfer geschrieben mit der dringenden Bitte, dafür zu sorgen, dass der Bürgerwille nicht mit Füßen getreten wird. May weist in seinem Brief, der auch an Landrätin Marion Dammann und die beiden Landtagsabgeordneten Josha Frey (Grüne) und Rainer Stickelberger (SPD) ging, darauf hin, dass die Initiative aktuell 4895 Unterstützer, davon 4295 aus dem Landkreis Lörrach, hat. Jeder einzelne Unterstützer sei namentlich erfasst, schreibt May. Grob aufgeteilt haben demzufolge zwei Drittel per online ihr Votum abgegeben und ein Drittel handschriftlich auf Unterschriftsbögen. Die Petition ist mit Schreiben vom 8. September dem Landtag von Baden-Württemberg vorgelegt worden und wird dort unter dem Aktenzeichen Petition 16/01481 geführt. "Das Regierungspräsidium verhält sich allerdings so, als ob es diese Bürgerinitiative überhaupt nicht gibt," schreibt May. Und weiter: "Mit einer unglaublichen Intensität wird jetzt von Ihrer Behörde die Beseitigung des Kunstwerkes auf dem Kreisverkehrsplatz wegen eines dringlichen Verkehrsrisikos betrieben, wofür die Bevölkerung keinerlei Verständnis hat". Die Unfälle am Dreispitz seien seit mehr als 16 Jahren auch deshalb so unbedeutend, weil das Kunstwerk entsprechend gestaltet, nachts beleuchtet und daher jederzeit gut erkennbar ist. Auch durch die Streckenführung sei eine Gefährdung ausgeschlossen, zudem sei die Geschwindigkeit im unmittelbaren Zufahrtbereich auf 30 km/h begrenzt. "Für uns ist auch sehr irritierend, dass das Verfahren von ihrer Behörde weitergeführt werden könnte, obwohl es eigentlich ein Stillhalteabkommen zwischen Landtag und Landesverwaltung gibt. Ein überwiegendes Interesse der Allgemeinheit, das einer Verfahrensverzögerung entgegensteht, ist nicht zu erkennen", argumentiert May: "Die Einstufung als höchst gefährlich versteht niemand". Es sei völlig unbegreiflich, warum der frühere Unfallschwerpunkt nach 16 Jahren mit nur 20 leichten Unfällen ein Sicherheitsrisiko sein soll.